



VOX-Analyse Juni 2026

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung

Ina Gutjahr: Junior Projektleiterin

Sara Rellstab: Data Scientist

Alessia Rainone: Praktikantin Data Science

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin / Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	6
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	11
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	11
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	12
3.3	Die Informationsgewinnung	13
4	INITIATIVE «KEINE 10-MILLIONEN-SCHWEIZ! (NACHHALTIGKEITSINITIATIVE)»	15
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	15
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	16
4.3	Die Motive	20
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	22
5	ZIVILDIENTSGESETZ	25
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	25
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	26
5.3	Die Motive	29
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	31
6	ANHANG	34
6.1	Technischer Bericht	34
6.2	Über die Studie	38
6.3	gfs.bern-Team	39

1 Die zentralen Befunde

Am 14. Juni 2026 mobilisierte der Abstimmungssonntag die Schweizer Stimmbevölkerung aussergewöhnlich stark. Zur hohen Stimmbeteiligung von rund 59 Prozent trugen insbesondere politisch interessierte, parteigebundene sowie ältere, besser gebildete und einkommensstärkere Stimmberechtigte bei. Mit der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» und der Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) standen zwei Vorlagen zur Abstimmung, die unterschiedliche, aber klar politisierte Konfliktlinien aktivierten. Die Nachhaltigkeitsinitiative wurde mit 45.2 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt, während das Zivildienstgesetz mit 52.5 Prozent Ja-Stimmen knapp angenommen wurde. Inhaltlich zeigte sich eine Diskrepanz zwischen Problembewusstsein und Zustimmung zur vorgeschlagenen Lösung: Die wahrgenommenen Belastungen durch Bevölkerungswachstum und Infrastruktur stiessen auf breite Resonanz, die 10-Millionen-Grenze wurde jedoch mehrheitlich als zu weitgehend, wirtschaftlich riskant und aussenpolitisch problematisch beurteilt. Das Zivildienstgesetz wurde demgegenüber angenommen. Ausschlaggebend war hier die Anschlussfähigkeit sicherheits- und armeepolitischer Argumente: Die langfristige Sicherung der personellen Stärke und Einsatzfähigkeit der Armee fand über das Ja-Lager hinaus Zustimmung. Insgesamt zeigen beide Vorlagen, dass die Entscheide stark entlang politischer Grundhaltungen, institutioneller Vertrauensmuster und Werthaltungen verliefen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'305 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Juni 2026. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Überlastung anerkannt, 10-Millionen-Grenze abgelehnt

Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» wurde mit 45.2 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt und verfehlte auch das Ständemehr. Die Vorlage wurde von den Stimmenden als besonders relevant wahrgenommen und erreichte mit einem Mittelwert von 8.1 auf der Bedeutungsskala den höchsten Wert einer Vorlage in der aktuellen Legislatur. Das Stimmverhalten war stark politisiert: Zustimmung fand die Initiative vor allem bei Sympathisierenden der SVP, rechts aussen positionierten Personen sowie Stimmenden mit geringem Vertrauen in Bundesrat, Medien und Europäische Union. Auch Personen ohne Parteibindung stimmten knapp mehrheitlich zu, womit die Vorlage über die klassische SVP-Anhängerschaft hinaus anschlussfähig blieb. Grundlegende Werthaltungen prägten den Entscheid zusätzlich: Besonders traditionsorientierte und auf nationale Zugehörigkeit fokussierte Stimmende unterstützten die Vorlage, während zeitgeistorientierte und gleichstellungsorientierte Gruppen sie klar ablehnten. Inhaltlich fanden Belastungswahrnehmungen rund um Bevölkerungswachstum und Infrastruktur teilweise auch im Nein-Lager Resonanz. Die Zustimmung zur Initiative wurde jedoch weniger durch Argumente zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als durch migrations- und wachstumspolitische Überlegungen getragen. Gleichzeitig stiess die vorgeschlagene Obergrenze bei einer Mehrheit auf Skepsis, insbesondere wegen ihrer möglichen wirtschaftlichen und aussenpolitischen Folgen. Ausschlaggebend für das Nein war damit weniger die Ablehnung der Problemwahrnehmung als die Skepsis gegenüber der vorgeschlagenen Lösung.

Armee-Sicherung überzeugt über das Ja-Lager hinaus

Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Die Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) wurde mit 52.5 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Vorlage wurde im Vergleich zu der Nachhaltigkeitsinitiative als weniger relevant wahrgenommen, doch auch hier war das Stimmverhalten politisiert. Zustimmung fand sie besonders bei Sympathisierenden der SVP, FDP und Mitte sowie bei rechts positionierten Stimmenden, Personen mit hohem Vertrauen in die Schweizer Armee und Befürwortenden einer starken Armee. Gleichzeitig blieb die Unterstützung begrenzt: Jüngere Stimmende lehnten die Vorlage häufiger ab als ältere, was auch auf unterschiedliche Betroffenheiten und Interessenslagen verweist. Die Ja-Seite rückte die Stärkung von Armee und Zivilschutz sowie die Sicherung des Armeebestands ins Zentrum. Die Nein-Seite betonte Gewissensfreiheit, den gesellschaftlichen Nutzen des Zivildienstes und zweifelte daran, dass strengere Regeln die Armee tatsächlich stärken würden. Ausschlaggebend für die Annahme war, dass die langfristige Sicherung der personellen Stärke und Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee auch über das Ja-Lager hinaus Zustimmung fand.

Hohe Mobilisierung bei politisierten Vorlagen

Die Beteiligung

Mit 58.9 Prozent bei der Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» und 58.3 Prozent beim Zivildienstgesetz lag die Stimmbeteiligung im Juni 2026 deutlich über dem langjährigen Durchschnitt und über dem Niveau der Abstimmung vom März 2026. Dabei war die Beteiligung in der deutschsprachigen Schweiz mit rund 61 Prozent deutlich höher als in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere, bildungs- und einkommensstarke sowie politisch interessierte und parteigebundene Stimmberechtigte beteiligten sich überdurchschnittlich häufig. Geschlechterunterschiede fielen dagegen gering aus. Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Personen ab 70 Jahren (77%). Ebenfalls hoch war die Beteiligung an den Polen des Links-Rechts-Spektrums. Links aussen positionierte Personen beteiligten sich zu 74 Prozent, rechts aussen positionierte zu 72 Prozent.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 14. Juni 2026 hatte das Schweizer Stimmvolk über zwei Vorlagen zu entscheiden: die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» und die Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG).

2 Die Beteiligung

Am 14. Juni 2026 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende zwei Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»
2. Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» 58.9 Prozent. Beim Zivildienstgesetz betrug die Stimmbeteiligung 58.3 Prozent.¹ Mit über 58 Prozent lag die Stimmbeteiligung im Juni 2026 deutlich über dem langjährigen Durchschnitt und übertraf auch die bereits hohe Beteiligung der Abstimmung vom März 2026.

Tabelle 1 gibt Aufschluss darüber, welche sozio-demografischen Gruppen sich bei der Abstimmung vom Juni 2026 besonders stark beteiligten und bei welchen Gruppen die Beteiligung vergleichsweise tief ausfiel. Die Beteiligung variierte vor allem nach Alter, Bildung und Einkommen deutlich. Geschlechterunterschiede fielen insgesamt gering aus, zeigten sich jedoch stärker innerhalb der älteren Altersgruppen. Das Alter erwies sich als besonders prägend. Die Beteiligung nahm mit zunehmendem Alter klar zu, von 49 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen und 46 Prozent bei den 30- bis 39-Jährigen bis hin zu 77 Prozent bei den über 70-Jährigen. Ältere Stimmberechtigte nutzten ihr Stimmrecht damit deutlich häufiger als jüngere. Beim Geschlecht fielen die Unterschiede hingegen gering aus und waren statistisch nicht signifikant. Wenn zusätzlich nach Alter und Geschlecht differenziert wird, zeigt sich das bekannte Altersmuster in beiden Gruppen. Bei den unter 40-Jährigen lag die Beteiligung der Frauen bei 47 Prozent und die der Männer bei 49 Prozent. In der mittleren Altersgruppe zwischen 40 und 65 Jahren beteiligten sich Frauen zu 56 Prozent und Männer zu 57 Prozent. Bei den über 65-Jährigen öffnete sich die Schere etwas stärker: Männer beteiligten sich mit 79 Prozent häufiger als Frauen mit 71 Prozent. Ein deutlicher Zusammenhang zeigte sich beim Bildungsgrad. Personen ohne nachobligatorische Bildung beteiligten sich zu 38 Prozent, während Hochschulabsolvent:innen mit 72 Prozent fast doppelt so häufig an der Abstimmung teilnahmen. Berufslehre-Absolvent:innen und Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung lagen mit 54 resp. 61 Prozent im mittleren Bereich. Auch beim Haushaltseinkommen zeigte sich ein sozial selektives Beteiligungsmuster, wenn auch weniger linear als beim Alter oder der Bildung. In Haushalten mit einem Einkommen bis 3'000 Franken lag die Beteiligung bei 45 Prozent. In den mittleren Einkommenskategorien bewegte sie sich zwischen 53 und 60 Prozent, während sie bei Haushalten mit 9'000 bis 11'000 Franken mit 66 Prozent am höchsten ausfiel. Bei Haushalten mit über 11'000 Franken lag die Beteiligung bei 63 Prozent. Damit bestätigt sich auch im Juni 2026 das bekannte Muster einer sozial selektiven Stimmbeteiligung: Ältere, formal besser gebildete und einkommensstärkere Stimmberechtigte machten deutlich häufiger von ihrem Stimmrecht Gebrauch.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Stichprobenfehler
total	58.9	3261	
Alter			V=0.22***
18-29 Jahre	49	421	± 4.8
30-39 Jahre	46	444	± 4.6
40-49 Jahre	52	520	± 4.3
50-59 Jahre	56	614	± 3.9
60-69 Jahre	66	641	± 3.7
70 Jahre und älter	77	621	± 3.3
Geschlecht			V=0.02
Männer	60	1596	± 2.4
Frauen	58	1665	± 2.4
Geschlecht und Alter			V=0.22***
Frauen / 18-39	47	438	± 4.7
Männer / 18-39	49	427	± 4.7
Frauen / 40-65	56	739	± 3.6
Männer / 40-65	57	736	± 3.6
Frauen / 65+	71	488	± 4
Männer / 65+	79	433	± 3.8
Bildungsgrad			V=0.19***
ohne nachobligatorische Bildung	38	207	± 6.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	54	1142	± 2.9
Maturität/höhere Berufsbildung	61	839	± 3.3
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	72	950	± 2.9
Haushaltseinkommen			V=0.11***
bis 3'000 CHF	45	149	± 8
3'000-5'000 CHF	58	354	± 5.2
5'000-7'000 CHF	53	499	± 4.4
7'000-9'000 CHF	60	479	± 4.4
9'000-11'000 CHF	66	367	± 4.9
über 11'000 CHF	63	886	± 3.2

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Insgesamt zeigt sich, dass politisches Interesse und politische Bindung zentrale Erklärungsfaktoren für die Mobilisierung waren (Tabelle 2).

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich deutliche Unterschiede. Am höchsten war die Beteiligung bei Personen, die sich links aussen oder rechts aussen positionieren, mit 74 respektive 72 Prozent. Ebenfalls hoch war die Beteiligung bei Personen, die sich links oder rechts positionierten, mit 65 respektive 62 Prozent. Deutlich tiefer lag die Beteiligung bei Personen im politischen Zentrum mit 51 Prozent. Auch nach Parteisympathie zeigen sich klare Unterschiede. Am höchsten war die Beteiligung bei Sympathisierenden der Grünen mit 73 Prozent, gefolgt von Anhänger:innen der SVP (70%), der GLP (67%), sowie der FDP und SP (beide 65%). Personen mit Sympathie für andere Parteien beteiligten sich zu 66 Prozent an der Abstimmung. Etwas tiefer war die Beteiligung bei Sympathisierenden der Mitte (60%) und besonders tief bei Personen ohne Parteibindung mit 35 Prozent. In einem besonders starken Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung stand das politische Interesse. Bei sehr Interessierten lag sie bei 92 Prozent, bei eher Interessierten bei 68 Prozent. Wer sich eher nicht für Politik interessierte, beteiligte sich mit 37 Prozent deutlich seltener. Die Beteiligung der überhaupt nicht Interessierten lag bei lediglich 15 Prozent. Das Vertrauen in den Bundesrat stand in einem schwächeren, aber statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung. Die Beteiligung der Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen sowie der Personen mit sehr hohem Vertrauen war mit 63 Prozent bei beiden am höchsten. Etwas tiefer war die Stimmbeteiligung bei Personen mit hohem Vertrauen (58%), während jene mit mittlerem Vertrauen mit 54 Prozent die tiefste Beteiligung aufwiesen.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Stichprobenfehler
total	58.9	3261	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.17***
links aussen (0-2)	74	358	± 4.6
links (3,4)	65	539	± 4
Mitte (5)	51	838	± 3.4
rechts (6,7)	62	661	± 3.7
rechts aussen (8-10)	72	537	± 3.8
Parteisympathie			V=0.23***
SVP	70	695	± 3.4
FDP	65	431	± 4.5
Die Mitte	60	423	± 4.7
GLP	67	165	± 7.2
SP	65	508	± 4.2
Grüne	73	170	± 6.7

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
andere Partei	66	221	± 6.3
keine	35	329	± 5.2
Politisches Interesse			V=0.47***
sehr interessiert	92	618	± 2.1
eher interessiert	68	1623	± 2.3
eher nicht interessiert	37	780	± 3.4
überhaupt nicht interessiert	15	199	± 5
Vertrauen in den Bundesrat			V=0.07***
sehr gering bis gering (0-4)	63	532	± 4.1
mittel (5)	54	635	± 3.9
hoch (6-7)	58	763	± 3.5
sehr hoch (8-10)	63	1141	± 2.8

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die Gründe für die Nichtteilnahme (Tabelle 3) decken sich weitgehend mit den Mustern früherer Abstimmungen. An erster Stelle begründeten 27 Prozent der Nichtteilnehmer ihre Nichtteilnahme damit, an der Teilnahme verhindert gewesen zu sein. Fast gleich häufig wurde das schlichte Vergessen genannt mit 26 Prozent. Inhaltliche Unsicherheit spielte ebenfalls eine Rolle. 16 Prozent der Nichtteilnehmenden konnten sich nicht entscheiden. 9 Prozent waren der Meinung, dass Abstimmungen ohnehin nichts ändern würden, während 8 Prozent angaben, aus Prinzip nie an Abstimmungen teilzunehmen. Weitere Gründe wurden seltener genannt. Je 7 Prozent empfanden die Abstimmungsthemen als zu kompliziert oder waren der Ansicht, dass es auf die eigene Stimme ohnehin nicht ankomme. Ebenfalls 7 Prozent machten keine Angabe oder wussten keine Antwort. Mangelndes Interesse an den konkreten Abstimmungsthemen, die Erwartung eines klaren Ergebnisses sowie Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen wurden mit je 4 Prozent am seltensten genannt.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich war verhindert	27	177
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	26	176
Ich konnte mich nicht entscheiden	16	97
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	9	64
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	8	51
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	7	44

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	7	49
weiss nicht/keine Angabe	7	44
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	4	27
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	4	24
Ich misstrauere demokratischen Prozessen	4	28

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 652. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die Befragten wurden gebeten, die persönliche Bedeutung der beiden Abstimmungsvorlagen auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben (Tabelle 4). Insgesamt zeigen sich deutliche Unterschiede in der wahrgenommenen Relevanz der Vorlagen.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» wurde von den Ja- und Nein-Stimmenden als deutlich bedeutsamer wahrgenommen als das Zivildienstgesetz. Der Mittelwert lag bei der Nachhaltigkeitsinitiative bei 8.1, beim Zivildienstgesetz hingegen bei 6.4. Damit erreichte die Nachhaltigkeitsinitiative den höchsten Bedeutungswert einer Vorlage seit Beginn der aktuellen Legislatur. Eine Mehrheit der Stimmenden schrieb der Nachhaltigkeitsinitiative eine sehr hohe persönliche Bedeutung zu. 53 Prozent ordneten sie auf der Skala bei 9 oder 10 ein. Weitere 33 Prozent stuften ihre Bedeutung als hoch ein (6-8). Damit wurde die Vorlage von insgesamt 86 Prozent der Stimmenden als hoch oder sehr hoch bedeutsam wahrgenommen. Nur kleine Minderheiten massen ihr eine mittlere, geringe oder sehr geringe Bedeutung bei. Auch beim Zivildienstgesetz stuft eine Mehrheit die persönliche Bedeutung als hoch oder sehr hoch ein, allerdings lag dieser Anteil mit 62 Prozent deutlich tiefer als bei der Nachhaltigkeitsinitiative. 40 Prozent ordneten die Vorlage der Kategorie «hoch» zu, 22 Prozent der Kategorie «sehr hoch». Gleichzeitig gaben 19 Prozent eine mittlere Bedeutung an, 15 Prozent eine geringe und 4 Prozent eine sehr geringe Bedeutung.

Es zeigt sich, dass die Nachhaltigkeitsinitiative im Juni 2026 klar im Zentrum der persönlichen Wahrnehmung der Stimmenden stand. Das Zivildienstgesetz wurde ebenfalls mehrheitlich als bedeutsam eingestuft, nahm gegenüber der Nachhaltigkeitsinitiative aber eine nachgeordnete Position ein.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Nachhaltigkeitsinitiative		Zivildienstgesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	3	92	4	101
gering (2-4)	4	121	15	352
mittel (5)	6	164	19	434
hoch (6-8)	33	835	40	919
sehr hoch (9-10)	53	1241	22	468
Mittelwert (total)	8.1	2453	6.4	2274

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Verständnisschwierigkeiten traten bei beiden Vorlagen nur in begrenztem Ausmass auf (Tabelle 5). Insgesamt wurden sowohl die Nachhaltigkeitsinitiative als auch das Zivildienstgesetz von einer klaren Mehrheit der Stimmenden als eher leicht verständlich eingeschätzt.

Am leichtesten verständlich wurde die Nachhaltigkeitsinitiative wahrgenommen: 85 Prozent der Stimmenden bezeichneten sie als «eher leicht» verständlich, während 15 Prozent angaben, dass ihnen das Verständnis eher schwergefallen sei. Auch das Zivildienstgesetz wurde mehrheitlich als gut verständlich eingestuft. Hier gaben 80 Prozent der Stimmenden an, die Vorlage sei eher leicht verständlich gewesen. 20 Prozent bekundeten dagegen Verständnisschwierigkeiten.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Nachhaltigkeitsinitiative		Zivildienstgesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	85	2003	80	1757
eher schwer	15	415	20	407
N (total)		2418		2164

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die Befragten gaben an, zu welchem Zeitpunkt sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 6). Bei der Initiative «Keine 10 Millionen Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» war für knapp drei Viertel der Stimmenden von Anfang an klar, wie sie abstimmen würden. 73 Prozent gaben an, ihren Entscheid bereits zu Beginn gefasst zu haben. Weitere 22 Prozent trafen die Entscheidung während des Abstimmungskampfes und lediglich 5 Prozent entschieden sich im letzten Moment. Beim Zivildienstgesetz stand der Entscheid ebenfalls für eine Mehrheit früh fest, allerdings weniger ausgeprägt als bei der Nachhaltigkeitsinitiative. 61 Prozent der Stimmenden wussten von Anfang an, wie sie abstimmen würden. Knapp ein Drittel (30%) traf die Entscheidung während des Abstimmungskampfes, und 10 Prozent bildeten sich ihre Meinung erst im letzten Moment. Die Meinungsbildung erfolgte damit bei beiden Initiativen früh.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Nachhaltigkeitsinitiative		Zivildienstgesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	73	1764	61	1327
während Abstimmungskampf	22	540	30	677
im letzten Moment	5	152	10	228
N (total)		2456		2232

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

3.3 Die Informationsgewinnung

Das Nutzungsverhalten in Bezug auf die Informationskanäle, über die sich die Stimmenden zu den Abstimmungsvorlagen informierten, entspricht grundsätzlich dem Bild früherer Abstimmungen (Tabelle 7). Neben dem Nutzungsanteil wird auch die Intensität der Nutzung (Werte auf einer Skala von 1–10) ausgewiesen.

Das Bundesbüchlein bleibt die wichtigste Informationsquelle: 85 Prozent der Befragten nutzten es, bei einer hohen durchschnittlichen Nutzungsintensität von 6.6. Ebenfalls stark genutzt wurden Artikel in Zeitungen (80%, Intensität 6.3), Abstimmungssendungen im Fernsehen (73%, Intensität 6.2) und News-Seiten im Internet (71%, Intensität 5.6). Diese Kanäle bildeten die zentralen Informationsquellen rund um die Abstimmung. Eine mittlere Nutzung erreichten Abstimmungszeitungen oder Flyer (62%, Intensität 4.8), Abstimmungssendungen am Radio (60%, Intensität 5.5) sowie Strassenplakate (58%, Intensität 3.7). Von gut der Hälfte der Stimmenden wurden Meinungsumfragen (55%, Intensität 4.3), Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen (53%, Intensität 4.7) sowie Inserate in Zeitungen (52%, Intensität 4.0) genutzt. Weniger genutzt wurden Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen (49%, Intensität 4.5), soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram (42%, Intensität 4.8), Mitteilungen am Arbeitsplatz (41%, Intensität 4.3) und Filme oder Videoclips im Internet (38%, Intensität 4.6). Obwohl soziale Medien damit weiterhin klar hinter klassischen Informationsquellen zurückblieben, erreichten sie im Vergleich zu den bisherigen Abstimmungen der aktuellen Legislatur einen Höchstwert. Bei der ebenfalls stark mobilisierenden Abstimmung vom März 2024 zur 13. AHV-Rente und zur Renteninitiative lag der entsprechende Nutzungsanteil noch bei 32 Prozent. Die VoteInfo-App des Bundes wurde mit 35 Prozent zwar von einer kleineren Gruppe genutzt, wies mit einem Intensitätswert von 5.7 aber eine vergleichsweise hohe Nutzungstiefe bei den Nutzenden auf.

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Das Bundesbüchlein	85	6.6	2146
Artikel in Zeitungen	80	6.3	1993
Abstimmungssendungen am Fernsehen	73	6.2	1834
News-Seiten im Internet	71	5.6	1760
Abstimmungszeitungen oder Flyers	62	4.8	1564
Abstimmungssendungen am Radio	60	5.5	1490
Strassenplakate	58	3.7	1404
Meinungsumfragen	55	4.3	1324
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	53	4.7	1265
Inserate in Zeitungen	52	4	1296
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	49	4.5	1187

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram	42	4.8	1011
Mitteilungen am Arbeitsplatz	41	4.3	948
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf YouTube	38	4.6	924
VoteInfo-App vom Bund	35	5.7	846

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Die Anzahl Nennungen bezieht sich ebenfalls auf die Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums.

Bei beiden Vorlagen zeigte sich ein Zusammenhang zwischen der Art der Mediennutzung und der Stimmabgabe, wenn auch unterschiedlich stark. Bei der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» fiel dieser Zusammenhang eher schwach aus. Personen, die sich vorwiegend online informierten, stimmten der Vorlage mit 38 Prozent am seltensten zu. Bei Personen, die Online- und Offline-Kanäle etwa gleich nutzten, lag die Zustimmung mit 49 Prozent am höchsten. Die Zustimmung bei Personen, die sich vorwiegend über traditionelle Medien informierten, lag bei 45 Prozent. Beim Zivildienstgesetz war der Zusammenhang etwas stärker ausgeprägt. Auch hier fiel die Zustimmung bei Personen mit vorwiegend online geprägter Informationsnutzung am tiefsten aus. 41 Prozent stimmten der Vorlage zu. Die Zustimmung war höher bei Personen, die sich gleichermassen über beide Kommunikationskanäle informierten (54%). Am höchsten war sie bei Personen, die sich vorwiegend offline informierten. In dieser Gruppe stimmten 59 Prozent dem Zivildienstgesetz zu.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Nachhaltigkeitsinitiative			Zivildienstgesetz		
	Ja-Stimmende in %	n	Stichprobenfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	38	543	± 4.1	41	500	± 4.3
beides etwa gleich	49	1063	± 3	54	997	± 3.1
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	45	769	± 3.5	59	727	± 3.6
N (total) / Cramér's V			V=0.08**			V=0.13***

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und die bei der Nachhaltigkeitsinitiative abgestimmt haben, stimmten 38 Prozent Ja.

4 Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» wurde am 3. April 2024 mit 114'430 gültigen Unterschriften eingereicht. Das Initiativkomitee hält die Zuwanderung heute für massiv zu hoch. Aus diesem Grund verlangt die Initiative eine Begrenzung der ständigen Wohnbevölkerung: Vor 2050 müsste die Bevölkerung der Schweiz unter 10 Millionen Menschen bleiben. Würde die Wohnbevölkerung 9,5 Millionen Personen vor 2050 überschreiten, müssten Bundesrat und Parlament insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug Massnahmen ergreifen. Bei internationalen Abkommen, die zum Bevölkerungswachstum beitragen, müsste der Bundesrat zudem Ausnahme- oder Schutzklauseln anrufen oder aushandeln. Würde die 10-Millionen-Grenze überschritten, müssten diese Abkommen gekündigt werden, nach zwei Jahren auch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, womit automatisch auch die übrigen Abkommen der Bilateralen I wegfielen. Zudem wäre die Beteiligung der Schweiz an den Schengen- und Dublin-Abkommen der EU infrage gestellt und damit die Zusammenarbeit im Sicherheits- und Asylbereich.

Bundesrat und Parlament empfahlen, die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» abzulehnen. Aus ihrer Sicht würde die Initiative Unsicherheit bringen und die Stabilität der Schweiz gefährden. So bedrohe die Initiative aus Sicht des Bundesrates und Parlaments den Wohlstand und die innere Sicherheit und führe zu erheblichen Kosten für Bund und Kantone. Ausserdem stelle sie den bilateralen Weg mit der EU und die humanitäre Tradition infrage.

Der Nationalrat lehnte die Volksinitiative ab (67 Ja, 123 Nein, 6 Enthaltungen). Im Ständerat ergab die Abstimmung 30 Nein-Stimmen gegenüber von 9 Ja-Stimmen, wobei 5 Personen sich der Abstimmung enthalten haben. Von den Parteien unterstützten SVP und EDU die Initiative, alle anderen sprachen sich dagegen aus. Auch auf Verbandsebene standen sich unterschiedlich breite Lager gegenüber. Für die Initiative sprachen sich mehrere kantonale Gewerbe- und Bauernverbände aus. Die Gegnerschaft war deutlich breiter und umfasste neben *economiesuisse* unter anderem den Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV), die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) und den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Hinzu kamen zahlreiche Organisationen aus Tourismus, Industrie, Bau, Bildung und Gesundheitswesen. Der breite und intensiv geführte Abstimmungskampf spiegelte sich auch in den finanziellen Mitteln wider. Mit 15.52 Mio. Franken lag das bis zum 15. Mai 2026 deklarierte Kampagnenbudget höher als bei jeder bisherigen eidgenössischen Vorlage seit Einführung der Offenlegungspflicht.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» wurde am 14. Juni 2026 von der Stimmbevölkerung mit 45.2 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt. Auch das Ständemehr wurde mit 10 zu 13 Standesstimmen verfehlt.

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Einstellungen liefern Hinweise für das Nein zur Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» (Tabelle 9). Das Abstimmungsverhalten folgte insgesamt klar den politischen Grundhaltungen. Die Zustimmung zur Initiative variierte stark nach politischer Selbstpositionierung, Parteisympathie, institutionellem Vertrauen und grundlegenden Werthaltungen.

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigt sich ein ausgeprägter Zusammenhang. Je weiter rechts sich die Stimmberechtigten selbst einordneten, desto höher fiel die Zustimmung zur Vorlage aus. Während sich links aussen positionierte Personen mit 6 Prozent und links positionierte Personen mit 13 Prozent Ja-Stimmenden deutlich gegen die Vorlage aussprachen, lag der Ja-Anteil bei Personen im politischen Zentrum bei 41 Prozent. Rechts positionierte Personen nahmen die Initiative mit 59 Prozent mehrheitlich an, rechts aussen positionierte Personen sogar mit 90 Prozent.

Auch die Parteisympathie prägte das Stimmverhalten. Am höchsten war die Zustimmung bei SVP-Sympathisant:innen mit 95 Prozent. Die starke Verankerung im SVP-Umfeld zeichnete sich bereits im Verlauf der Meinungsbildung ab. Gleichzeitig blieb die Vorlage über die Parteigrenzen hinweg teilweise anschlussfähig: Personen ohne Parteibindung nahmen die Initiative mit 51 Prozent knapp mehrheitlich an. Deutlich geringer fiel die Zustimmung bei Sympathisierenden der FDP (38%), der Mitte (32%) sowie anderen Parteien (38%) aus. Sehr tief fiel die Zustimmung im links-grünen Lager aus: SP- und Grüne-Sympathisant:innen stimmten der Initiative je zu 10 Prozent zu, GLP-Sympathisant:innen mit 8 Prozent noch etwas seltener.

Das Vertrauen in den Bundesrat weist ebenfalls einen statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmentscheid auf. Mit zunehmendem Vertrauen in den Bundesrat sank die Zustimmung zur Nachhaltigkeitsinitiative deutlich: von 68 Prozent bei sehr geringem bis geringem Vertrauen auf 33 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Vertrauen in die Medien. Bei sehr geringem bis geringem Medienvertrauen betrug die Zustimmung 62 Prozent, bei mittlerem Vertrauen 42 Prozent, bei hohem Vertrauen 27 Prozent und bei sehr hohem Vertrauen nur noch 20 Prozent. Noch ausgeprägter war dieses Muster beim Vertrauen in die Europäische Union. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen in die EU stimmten der Nachhaltigkeitsinitiative zu 70 Prozent zu. Bei mittlerem Vertrauen sank der Ja-Anteil bereits auf 30 Prozent, bei hohem Vertrauen auf 16 Prozent und bei sehr hohem Vertrauen auf 14 Prozent. Umgekehrt verhielt es sich beim Vertrauen in die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Mit zunehmendem Vertrauen in die AUNS nahm die Zustimmung zur Nachhaltigkeitsinitiative deutlich zu. Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen in die AUNS, stimmten der Vorlage zu 31 Prozent zu. Bei mittlerem Vertrauen verdoppelte sich die Zustimmung auf 64 Prozent. Bei hohem Vertrauen lag die Zustimmung bei 69 Prozent und bei sehr hohem Vertrauen bei 83 Prozent.

Auch Werthaltungen wirkten sich auf den Stimmentscheid aus: Personen, die eine Schweiz bevorzugen, die mit dem Zeitgeist geht, unterstützten die Initiative nur zu 14 Prozent, während Personen mit einer traditionsorientierten Haltung die Initiative zu 83 Prozent annahmen. Ein ähnlich klares Muster zeigt sich bei der Frage nach einer Schweiz mit Chancengleichheit für Ausländer:innen oder einer Schweiz mit besseren Chancen für die

Schweizer:innen: Personen, die Chancengleichheit befürworten, stimmten der Initiative zu 11 Prozent zu. Bei Personen mit Präferenz für eine Schweiz mit besseren Chancen für Schweizer:innen lag die Zustimmung hingegen bei 75 Prozent. Auch die aussenpolitische Grundhaltung spielte eine Rolle: Personen, die eine international neutrale Schweiz bevorzugen, stimmten der Nachhaltigkeitsinitiative zu 59 Prozent zu. Personen, die ein internationales Partei-Ergreifen der Schweiz befürworten, waren zu 22 Prozent für die Initiative.

Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Stichprobenfehler
total	45.2	2518	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.6***
links aussen (0-2)	6	317	± 2.6
links (3-4)	13	446	± 3.1
Mitte (5)	41	611	± 3.9
rechts (6-7)	59	526	± 4.2
rechts aussen (8-10)	90	454	± 2.8
Parteisympathie			V=0.68***
SVP	95	584	± 1.8
FDP	38	346	± 5.1
Die Mitte	32	341	± 5
GLP	8	142	± 4.5
SP	10	427	± 2.9
Grüne	10	146	± 4.9
andere Partei	38	180	± 7.1
keine	51	193	± 7.1
Vertrauen in Bundesrat			V=0.26***
sehr gering bis gering (0-4)	68	419	± 4.5
mittel (5)	52	469	± 4.5
hoch (6-7)	40	582	± 4
sehr hoch (8-10)	33	930	± 3
Vertrauen in Medien			V=0.33***
sehr gering bis gering (0-4)	62	1005	± 3
mittel (5)	42	582	± 4
hoch (6-7)	27	493	± 3.9
sehr hoch (8-10)	20	339	± 4.3

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
Vertrauen in Europäische Union (EU)			V=0.5***
sehr gering bis gering (0-4)	70	1107	± 2.7
mittel (5)	30	512	± 4
hoch (6-7)	16	446	± 3.4
sehr hoch (8-10)	14	267	± 4.2
Vertrauen in AUNS Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz			V=0.43***
sehr gering bis gering (0-4)	31	1002	± 2.9
mittel (5)	64	324	± 5.2
hoch (6-7)	69	218	± 6.2
sehr hoch (8-10)	83	286	± 4.4
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder B) eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt			V=0.55***
Zeitgeist	14	816	± 2.4
gemischte Wertehaltung	42	885	± 3.3
Traditionen schützen	83	712	± 2.8
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit Chancengleichheit für Ausländer:innen, oder B) eine Schweiz mit besseren Chancen für die Schweizer:innen			V=0.56***
gleiche Chancen für Ausländer*innen	11	743	± 2.3
gemischte Wertehaltung	35	644	± 3.7
bessere Chancen für Schweizer*innen	75	1005	± 2.7
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die sich international neutral verhält, oder B) eine Schweiz, die international Partei ergreift			V=0.32***
international neutral	59	1307	± 2.7
gemischte Wertehaltung	31	661	± 3.5
international Partei ergreifen	22	452	± 3.8

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Neben den politischen Einstellungen prägten auch soziodemografische Merkmale das Stimmverhalten (Tabelle 10). Mit Blick auf das Alter lässt sich ein moderater statistisch signifikanter Zusammenhang erkennen: Die tiefste Zustimmung verzeichneten die 18- bis 29-Jährigen mit 33 Prozent sowie die 40- bis 49-Jährigen mit 37 Prozent. Bei den 30- bis 39-Jährigen lag der Ja-Anteil bei 44 Prozent. In den älteren Altersgruppen fiel die Zustimmung höher aus: Die 50- bis 59-Jährigen stimmten der Initiative zu 48 Prozent zu, die 60- bis 69-Jährigen zu 51 Prozent und die über 70-Jährigen zu 50 Prozent. Beim Geschlecht zeigen sich nur geringe Unterschiede: Männer stimmten der Initiative mit 47 Prozent

häufiger zu als Frauen mit 43 Prozent. Der Zusammenhang ist jedoch statistisch nicht signifikant. Deutlich stärker fiel der Zusammenhang beim Bildungsgrad aus. Personen ohne nachobligatorische Bildung sowie Personen mit beruflicher Grundbildung oder Berufslehre stimmten der Initiative mit 59 respektive 60 Prozent mehrheitlich zu. Bei Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung lag der Ja-Anteil bei 44 Prozent. Am klarsten abgelehnt wurde die Initiative von Personen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss mit 26 Prozent. Ein ähnliches schichtspezifisches Muster zeigte sich beim Haushaltseinkommen: Die Zustimmung nahm mit steigendem Einkommen deutlich ab.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	45.2	2518	
Alter			V=0.13***
18-29 Jahre	33	289	± 5.4
30-39 Jahre	44	295	± 5.7
40-49 Jahre	37	381	± 4.9
50-59 Jahre	48	480	± 4.5
60-69 Jahre	51	535	± 4.2
70 Jahre und älter	50	538	± 4.2
Geschlecht			V=0.04
Männer	47	1256	± 2.8
Frauen	43	1262	± 2.7
Bildungsgrad			V=0.29***
ohne nachobligatorische Bildung	59	127	± 8.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	60	848	± 3.3
Maturität/höhere Berufsbildung	44	663	± 3.8
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	26	808	± 3
Haushaltseinkommen			V=0.18***
bis 3'000 CHF	58	99	± 9.8
3'000-5'000 CHF	58	267	± 5.9
5'000-7'000 CHF	52	365	± 5.1
7'000-9'000 CHF	45	376	± 5
9'000-11'000 CHF	40	299	± 5.6
über 11'000 CHF	34	734	± 3.4

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

4.3 Die Motive

Mittels einer offenen Frage wurden die ausschlaggebenden Gründe für ein Ja oder Nein erfasst.

Bei den Befürworter:innen der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» dominierten zwei Motivkategorien: Zuwanderung (42% der Erstnennungen, 54% aller Nennungen) und Wachstumsfolgen (41% resp. 52%) (Tabelle 11).

Zuwanderungsbezogene Motive standen für viele Ja-Stimmende im Vordergrund. 42 Prozent (resp. 54%) begründeten ihre Zustimmung zur Nachhaltigkeitsinitiative mit Motiven bezüglich Zuwanderung. Am häufigsten wurde dabei darauf verwiesen, dass die Zuwanderung zu hoch sei (22% resp. 28%). Ebenfalls relevant waren Kriminalität und Sicherheitsbedenken (10% resp. 17%) sowie Überfremdung (9% resp. 15%).

Eine zweite, ähnlich wichtige Motivgruppe bildeten Wachstumsfolgen. 41 Prozent der Ja-Stimmenden nannten entsprechende Argumente als Hauptgrund, bei allen Nennungen waren es 52 Prozent. Im Zentrum stand dabei die Sorge vor Überbevölkerung (20% resp. 23%). Daneben wurden eine überlastete Infrastruktur (11% resp. 17%) sowie Wohnungsnot und steigende Mieten (10% resp. 15%) genannt.

Prinzipielle Gründe spielten ebenfalls eine Rolle, blieben aber gegenüber den beiden Hauptmotivgruppen nachgeordnet. Insgesamt entfielen auf prinzipielle Gründe 14 Prozent der Erstnennungen (resp. 20% aller Nennungen). Dazu gehörten insbesondere der Schutz der Lebensgrundlagen (5% resp. 8%), Souveränitätsüberlegungen (4% resp. 6%) und Nachhaltigkeitsbezüge (3% resp. 4%). Obwohl der Begriff Nachhaltigkeit bereits im Titel der Initiative verankert war, spielten ökologische Argumente zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bei der Begründung des Ja-Entscheids nur eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund standen vielmehr migrations- und wachstumspolitische Überlegungen.

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Zuwanderung	42	402	54	514
Zuwanderung zu hoch	22	207	28	257
Kriminalität/Sicherheitsbedenken	10	100	17	159
Überfremdung	9	82	15	135
Wachstumsfolgen	41	389	52	478
Überbevölkerung	20	196	23	226
Infrastruktur überlastet	11	108	17	158
Wohnungsnot/steigende Mieten	10	98	15	139
Prinzipielle Gründe	14	144	20	197
Schutz Lebensgrundlagen	5	53	8	77
Souveränität	4	45	6	67

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Nachhaltigkeit	3	27	4	39
Allgemeines	11	108	18	168
Anderes	0	3	0	4
Empfehlungen	1	13	1	13
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	11	125	28	307
weiss nicht/keine Antwort	7	77	7	77

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Motive für ein Nein zur Nachhaltigkeitsinitiative (Tabelle 12) lassen sich in drei zentrale Hauptkategorien gliedern: Initiativkritik (44% aller Erstnennungen, 54% aller Nennungen), wirtschaftliche Gründe (22% resp. 33%) und Gründe mit Bezug zu den internationalen Beziehungen (24% resp. 32%).

Kritik an der Initiative dominierten das Nein-Lager: Im Vordergrund stand dabei die Einschätzung, dass die Initiative keine Lösung für die bestehenden Probleme biete (16% resp. 20%) sowie moralische und humanitäre Gründe (14% resp. 21%). Weitere 9 Prozent (resp. 14%) stuften die Initiative insgesamt als zu extrem ein.

Eine zweite Kategorie bildeten wirtschaftliche Gründe: Ein Teil der Nein-Stimmenden verwies auf den Fachkräftemangel (12% resp. 19%). Weitere 9 Prozent der Hauptgründe und 13 Prozent aller Nennungen betrafen die Sorge, dass die Initiative den Wohlstand gefährden könnte. Die AHV und andere Sozialwerke wurden demgegenüber nur vereinzelt genannt (1% resp. 2%). Gemeint waren dabei mögliche Folgen einer Zuwanderungsbegrenzung für die langfristige Finanzierung der AHV und anderer Sozialwerke.

Eine dritte Kategorie bildeten Gründe mit Bezug zu den internationalen Beziehungen: Am häufigsten wurde dabei der mögliche Verlust der Bilateralen I erwähnt (10% resp. 13%). Weitere Nein-Stimmende begründeten ihre Ablehnung mit der Sorge vor Isolation oder einem schlechten Signal gegenüber dem Ausland (8% resp. 11%). Auch die Sicherheitskooperation mit der EU wurde genannt (5% resp. 7%).

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Initiativkritik	44	631	54	778
Moralische/humanitäre Gründe	14	186	21	273
Keine Lösung für Probleme	16	221	20	284
zu extrem/geht zu weit	9	137	14	199
Wirtschaftliche Gründe	22	336	33	477
Fachkräftemangel	12	189	19	277

Wohlstand gefährdet	9	128	13	182
AHV/Sozialwerke	1	16	2	34
Internationale Beziehungen	24	334	32	456
Verlust der Bilateralen I	10	140	13	192
Isolation/schlechtes Signal	8	113	11	161
Sicherheitskooperation mit EU	5	69	7	98
Allgemeines	18	294	30	465
Anderes	0	4	0	5
Empfehlungen	2	35	5	71
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	8	0	10
weiss nicht/keine Antwort	5	85	5	85

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Neben den offenen Entscheidungsgründen wurden den Befragten auch konkrete Pro- und Kontra-Argumente zur Nachhaltigkeitsinitiative zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Entscheidend ist dabei nicht allein die Verbreitung einzelner Argumente insgesamt, sondern auch ihre Wirkung auf die beiden Stimmseiten. Je stärker Ja- und Nein-Stimmende in ihrer Bewertung auseinanderliegen, desto eher lässt sich ein Argument als prägend für den Stimmentscheid interpretieren.

Insgesamt zeigt sich bei den getesteten Argumenten ein ausgeglichenes Bild: Die Pro- und Kontra-Argumente erzielten im Total eine ähnlich hohe Zustimmung. Unterschiede zeigen sich jedoch in der Lagerbindung. Die Pro-Argumente waren vor allem bei den Ja-Stimmenden stark verankert, während die Kontra-Argumente von den Nein-Stimmenden grossmehrheitlich geteilt wurden.

Über alle Argumente hinweg erzielte das Pro-Argument die höchste Zustimmung, wonach die Infrastruktur in der Schweiz als Folge des Bevölkerungswachstums zunehmend überlastet sei. Insgesamt stimmten 77 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Ja-Stimmenden war dieses Argument mit 95 Prozent Zustimmung nahezu unbestritten. Bemerkenswert ist jedoch, dass es auch im Nein-Lager klar mehrheitsfähig war: 62 Prozent der Nein-Stimmenden teilten die Einschätzung einer zunehmenden Überlastung der Infrastruktur. Die Problemdiagnose reichte damit deutlich über das Ja-Lager hinaus. Eine klare Mehrheit der Stimmenden unterstützte das Argument, wonach es eine konsequente Steuerung und Reduktion der Zuwanderung brauche, um die Kriminalität und die steigende Gewalt wirksam einzudämmen. Dieses Argument polarisierte deutlich stärker. Unter den Ja-Stimmenden lag die Zustimmung bei 90 Prozent, bei den Nein-Stimmenden hingegen nur bei 28 Prozent. Das Argument unter den Pro- und Kontra-Argumenten, das am stärksten polarisiert, war jenes, wonach eine Begrenzung der Bevölkerung notwendig sei, um natürliche Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten. Insgesamt stimmten 54 Prozent der Aussage zu.

Bei den Ja-Stimmenden fand dieses Argument mit 91 Prozent sehr breite Zustimmung, während es von den Nein-Stimmenden nur mit einem Anteil von 23 Prozent unterstützt wurde.

Bei den Kontra-Argumenten fand das Argument zum bilateralen Weg mit der EU die höchste Gesamtzustimmung. 67 Prozent der Stimmenden waren einverstanden mit der Aussage, dass der bilaterale Weg für die Schweiz wichtig sei und nicht gefährdet werden dürfe. Unter den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 89 Prozent, unter den Ja-Stimmenden bei 42 Prozent. Gleichzeitig war bei den Ja-Stimmenden fast die Hälfte (49%) mit diesem Argument nicht einverstanden. Ebenfalls breit abgestützt war das Fachkräfteargument. Insgesamt stimmten 65 Prozent der Stimmenden der Aussage zu, dass die Schweiz auf Zuwanderung angewiesen sei, um den Fachkräftebedarf etwa in der Gastronomie oder der Pflege zu decken. Bei den Nein-Stimmenden war dieses Argument mit 89 Prozent Zustimmung nahezu konsensual. Unter den Ja-Stimmenden stimmten demgegenüber 38 Prozent zu. Das wirtschaftliche Argument, wonach ein willkürlicher Deckel von 10 Millionen Einwohner:innen der Schweizer Wirtschaft und damit dem Wohlstand schade, erhielt insgesamt 55 Prozent Zustimmung. Unter den Nein-Stimmenden stimmten 83 Prozent zu, während bei den Ja-Stimmenden nur 23 Prozent einverstanden waren. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Kontra-Argumenten.

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die Infrastruktur in der Schweiz (Wohnen, Verkehr, Schulen, Spitäler) ist durch das Bevölkerungswachstum zunehmend überlastet.	total	77	20	3
	Ja-Stimmende	95	3	2
	Nein-Stimmende	62	35	3
Um die Kriminalität und die steigende Gewalt wirksam einzudämmen, braucht es eine konsequente Steuerung und Reduktion der Zuwanderung.	total	56	40	4
	Ja-Stimmende	90	8	2
	Nein-Stimmende	28	68	4
Eine Begrenzung der Bevölkerung ist notwendig, um natürliche Lebensgrundlagen langfristig zu erhalten.	total	54	41	5
	Ja-Stimmende	91	6	3
	Nein-Stimmende	23	72	5
Kontra-Argumente				
Der bilaterale Weg mit der EU ist für die Schweiz wichtig und darf nicht gefährdet werden.	total	67	26	7
	Ja-Stimmende	42	49	9
	Nein-Stimmende	89	6	6
Die Schweiz ist auf Zuwanderung angewiesen, um den Fachkräftebedarf zum Beispiel in der Gastronomie oder der Pflege zu decken.	total	65	31	4
	Ja-Stimmende	38	59	3
	Nein-Stimmende	89	8	3
	total	55	39	6

Ein willkürlicher Deckel von 10 Millionen Einwohner:innen schadet der Schweizer Wirtschaft und damit dem Wohlstand.	Ja-Stimmende	23	72	5
	Nein-Stimmende	83	12	6

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 77 Prozent aller Stimmenden (sowie 95% aller Ja-Stimmenden bzw. 62% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass die Infrastruktur in der Schweiz durch das Bevölkerungswachstum zunehmend überlastet ist. 20 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 3 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'518 Ja-Stimmende 992, Nein-Stimmende 1'526.

5 Zivildienstgesetz

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Seit 1996 gibt es die Möglichkeit, Zivildienst zu leisten, wenn man den Militärdienst nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren kann. Wer statt Militär- Zivildienst leisten will, muss ein Gesuch stellen. Bis 2008 hat eine Kommission geprüft, ob dieser Gewissenskonflikt glaubhaft war. Seit 2009 weisen Gesuchstellende den Gewissenskonflikt mit der eigenen Bereitschaft nach, im Zivildienst 1,5-mal so viele Dienstage zu leisten wie im Militär noch verbleiben würden.

Bundesrat und Parlament verabschiedeten am 26. September 2025 die Änderung des Zivildienstgesetzes. Ziel ist die Sicherstellung, dass der Zivildienst eine Ausnahme bleibt. Die Vorlage sieht vor, dass künftig alle Zivildienstpflichtigen mindestens 150 Dienstage leisten müssen, unabhängig davon, wie viele Militärdienstage noch ausstehen. Damit soll verhindert werden, dass Armeeangehörige erst nach dem Grossteil ihres Militärdienstes in den Zivildienst wechseln und dort nur noch wenige zusätzliche Tage leisten. Weitere Massnahmen betreffen strengere Vorgaben für die Planung der Zivildiensteinsätze. Gegen die Vorlage wurde am 15. Januar 2026 das Referendum ergriffen, weshalb es zur Abstimmung kam.

Bundesrat und Parlament befürworteten die Vorlage. Den Grundsatz, dass der Zivildienst die Ausnahme und der Militärdienst die Regel ist, wollen Bundesrat und Parlament stärken. Das Referendumskomitee warnt hingegen, die Vorlage werde die Zahl der Zivildienstleistenden massiv reduzieren, ohne die Armee zu stärken, und schade dem sozialen Zusammenhalt.

Für die Vorlage sprachen sich unter anderem die Mitte, FDP und SVP aus, während die Grünen, SP, GLP, EVP und PdA die Nein-Parole fassten. Im Nationalrat lagen die Ja-Stimmen bei 120 und die Nein-Stimmen bei 76. Der Ständerat befürwortete mit 33 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen die Vorlage. Auf Verbandsebene sprachen sich für die Vorlage unter anderem der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV), der Schweizerische Gewerbeverband (SGV), die Allianz Sicherheit Schweiz und die Offiziersgesellschaft aus. Dagegen positionierten sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), der Zivildienstverband Civiva, die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) sowie verschiedene Organisationen aus dem Sozialbereich.

Die Änderung des Zivildienstgesetzes wurde am 14. Juni 2026 mit 52.5 Prozent Ja-Stimmen von der Stimmbevölkerung angenommen.

5.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Merkmale liefern Hinweise zur Interpretation des Ja-Entscheidung zum Zivildienstgesetz (Tabelle 14). Das Stimmverhalten folgte stark den politischen Grundhaltungen, insbesondere der Links-Rechts-Selbsteinstufung, der Parteisympathie, dem Vertrauen in Medien und zentrale Akteure des sicherheits- und armeepolitischen Konfliktfelds sowie in der Werthaltung zur Rolle der Armee.

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich sehr deutliche Unterschiede. Je weiter rechts sich die Stimmberechtigten positionierten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Während links aussen positionierte Personen lediglich zu 10 Prozent zustimmten und der Ja-Anteil bei Links-Positionierten 24 Prozent beträgt, liegt er im politischen Zentrum bei 57 Prozent. Bei rechts positionierten Personen stieg der Ja-Anteil auf 68 Prozent, bei rechts aussen positionierten Personen auf 83 Prozent.

Auch die Parteisympathie zeichnet ein polarisiertes Bild. Die höchste Zustimmung verzeichneten Sympathisierende der SVP mit 81 Prozent, gefolgt von Sympathisierenden der FDP mit 71 Prozent und der Mitte mit 64 Prozent. Personen ohne Parteibindung haben mit 51 Prozent im Vergleich einen mittleren Zustimmungswert. Deutlich tiefer fiel die Zustimmung bei Sympathisant:innen der GLP mit 36 Prozent sowie bei Sympathisierenden anderer Parteien mit 39 Prozent aus. Am klarsten abgelehnt wurde das Zivildienstgesetz im links-grünen Lager: Sympathisierende der SP stimmten zu 17 Prozent Ja, Sympathisant:innen der Grünen zu 9 Prozent.

Das Vertrauen in den Bundesrat stand in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang. Anders verhielt es sich beim Vertrauen in die Medien. Mit zunehmendem Medienvertrauen sank die Zustimmung zum Zivildienstgesetz: Personen mit sehr geringem bis geringem Medienvertrauen stimmten der Vorlage zu 60 Prozent zu, Personen mit mittlerem Vertrauen zu 50 Prozent. Bei hohem Medienvertrauen lag der Ja-Anteil bei 45 Prozent, bei sehr hohem Medienvertrauen bei 41 Prozent. Ein noch stärkerer Zusammenhang zeigt sich beim Vertrauen in die Schweizer Armee. Personen mit sehr geringem Vertrauen unterstützten die Initiative zu 26 Prozent, während der Ja-Anteil bei sehr hohem Vertrauen bei 78 Prozent liegt. Beim Vertrauen in die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ist dieser Zusammenhang genau umgekehrt. Mit zunehmendem Vertrauen in die GSoA sinkt die Zustimmung von 69 Prozent bei sehr geringem Vertrauen auf 15 Prozent bei sehr hohem Vertrauen.

Auch die Werthaltung zur Armee steht in Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten. Personen, die eine Schweiz mit einer starken Armee bevorzugen, stimmten dem Zivildienstgesetz zu 75 Prozent zu. Bei gemischter Werthaltung lag die Zustimmung bei 32 Prozent, bei Personen mit Präferenz für eine Schweiz ohne Armee bei 16 Prozent.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	52.5	2328	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.51***
links aussen (0-2)	10	298	± 3.4

links (3-4)	24	424	± 4.1
Mitte (5)	57	563	± 4.1
rechts (6-7)	68	503	± 4.1
rechts aussen (8-10)	83	412	± 3.6
Parteisympathie			V=0.53***
SVP	81	531	± 3.3
FDP	71	328	± 4.9
Die Mitte	64	329	± 5.2
GLP	36	134	± 8.2
SP	17	401	± 3.7
Grüne	9	134	± 4.9
andere Partei	39	166	± 7.4
keine	51	171	± 7.5
Vertrauen in Bundesrat			V=0.01
sehr gering bis gering (0-4)	53	376	± 5.1
mittel (5)	53	428	± 4.7
hoch (6-7)	52	548	± 4.2
sehr hoch (8-10)	53	880	± 3.3
Vertrauen in Medien			V=0.15***
sehr gering bis gering (0-4)	60	919	± 3.2
mittel (5)	50	538	± 4.2
hoch (6-7)	45	457	± 4.6
sehr hoch (8-10)	41	322	± 5.4
Vertrauen in Schweizer Armee			V=0.41***
sehr gering bis gering (0-4)	26	633	± 3.4
mittel (5)	49	412	± 4.8
hoch (6-7)	59	525	± 4.2
sehr hoch (8-10)	78	652	± 3.2
Vertrauen in GSoA Gruppe für eine Schweiz ohne Armee			V=0.42***
sehr gering bis gering (0-4)	69	1360	± 2.5
mittel (5)	34	216	± 6.3
hoch (6-7)	20	164	± 6.1
sehr hoch (8-10)	15	165	± 5.5
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit einer starken Armee oder B) eine Schweiz ohne Armee			V=0.5***
starke Armee	75	1197	± 2.5

gemischte Werterhaltung	32	699	± 3.5
ohne Armee	16	358	± 3.8

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Neben den politischen Merkmalen prägten auch soziodemografische Faktoren das Stimmverhalten zum Zivildienstgesetz (Tabelle 15). Der Vergleich zwischen den Altersgruppen zeigt einen klaren Zusammenhang: Mit zunehmendem Alter stieg die Zustimmung zur Vorlage deutlich an. Während die 18- bis 29-Jährigen dem Zivildienstgesetz nur zu 35 Prozent zustimmten, lag der Ja-Anteil bei den über 70-Jährigen bei 62 Prozent. Besonders auffällig ist dieser Befund, weil die Vorlage unmittelbar vor allem Jüngere im dienstpflichtigen Alter betrifft, während ältere Stimmende selbst nicht mehr direkt von den verschärften Regeln betroffen sind. Auch nach Geschlecht zeigen sich statistisch signifikante Unterschiede. Männer stimmten dem Zivildienstgesetz mit 57 Prozent deutlich häufiger zu als Frauen mit 48 Prozent. Der Blick auf den Bildungsgrad lässt ebenfalls einen Zusammenhang erkennen: Je höher die formale Bildung ist, desto tiefer fiel die Zustimmung zur Vorlage aus. Personen ohne nachobligatorische Bildung sowie Personen mit beruflicher Grundbildung oder Berufslehre unterstützten die Vorlage mit je 62 Prozent am stärksten. Bei Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung lag der Ja-Anteil bei 53 Prozent. Am tiefsten war die Zustimmung bei Hochschulabsolvent:innen mit 38 Prozent. Beim Haushaltseinkommen zeigen sich demgegenüber keine statistisch signifikanten Unterschiede.

Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Stichprobenfehler
total	52.5	2328	
Alter			V=0.18***
18-29 Jahre	35	272	± 5.7
30-39 Jahre	46	272	± 5.9
40-49 Jahre	48	344	± 5.3
50-59 Jahre	52	434	± 4.7
60-69 Jahre	58	486	± 4.4
70 Jahre und älter	62	520	± 4.2
Geschlecht			V=0.1***
Männer	57	1181	± 2.8
Frauen	48	1147	± 2.9
Bildungsgrad			V=0.2***
ohne nachobligatorische Bildung	62	109	± 9.2
berufliche Grundbildung/Berufslehre	62	768	± 3.4
Maturität/höhere Berufsbildung	53	626	± 3.9
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	38	766	± 3.4

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Stichprobenfehler
Haushaltseinkommen			V=0.07
bis 3'000 CHF	57	86	± 10.5
3'000-5'000 CHF	57	234	± 6.4
5'000-7'000 CHF	56	341	± 5.3
7'000-9'000 CHF	48	347	± 5.3
9'000-11'000 CHF	54	285	± 5.8
über 11'000 CHF	50	694	± 3.7

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

5.3 Die Motive

Anhand einer offenen Frage wurden die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein erhoben. Die Ja-Motive zum Zivildienstgesetz (Tabelle 16) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: Gründe in Bezug auf Armee und Zivilschutz (30% aller Erstnennungen, 34% aller Nennungen), Kritik am heutigen Zustand (13% resp. 19%) sowie grundsätzliche Unterstützung der Gesetzesänderung (10% resp. 14%).

Im Vordergrund standen für die Ja-Stimmenden Argumente rund um Armee und Zivilschutz. Dabei wurde insbesondere auf die Stärkung der Landesverteidigung (11% resp. 13%) sowie die Stärkung von Armee und Zivilschutz (11% resp. 12%) verwiesen. Weitere 8 Prozent (resp. 11%) begründeten ihre Zustimmung mit der Sicherung des Armeebestands. Eine zweite Motivgruppe umfasst die Kritikpunkte am heutigen Zustand. Im Zentrum standen dabei die Wahrnehmung des Zivildienstes als «Drückebergerei» (4% resp. 7%), die Einschätzung, dass der Zivildienst heute zu attraktiv sei (4% resp. 6%), sowie problematische Spätübertritte aus der Armee in den Zivildienst (3% resp. 3%). Daneben wurde die Vorlage auch aus grundsätzlicher Unterstützung der Gesetzesänderung befürwortet. Dazu gehörten insbesondere der Wunsch nach höheren Hürden für den Zivildienst (3% resp. 4%), Überlegungen zu Gleichbehandlung und Fairness zwischen Dienstformen (3% resp. 4%) sowie die Ansicht, dass der Militärdienst der Normalfall bleiben solle (2% resp. 3%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Armee und Zivilschutz	30	343	34	401
Landesverteidigung stärken	11	121	13	152
Armee/Zivilschutz stärken	11	131	12	146
Armeebestand sichern	8	93	11	123
Kritik am heutigen Zustand	13	156	19	214
Zivildienst als "Drückebergerei"	4	40	7	67
Zivildienst zu attraktiv	4	54	6	81
Spätübertritte problematisch	3	30	3	35
Unterstützung der Gesetzesänderung	10	134	14	179
höhere Hürden Zivildienst	3	34	4	45
Gleichbehandlung/Fairness	3	37	4	52
Militärdienst als Normalfall	2	33	3	39
Allgemeines	6	80	8	104
Anderes	0	7	0	7
Empfehlungen	3	48	4	56
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	1	12	1	13
weiss nicht/keine Antwort	36	477	36	477

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Bei den Nein-Motiven (Tabelle 17) lassen sich ebenfalls drei Argumentationskategorien erkennen. Die Ablehnung stützte sich insbesondere auf eine grundsätzliche Haltung zur Wehrpflicht und zum Zivildienst (33% aller Erstnennungen, 42% aller Nennungen), auf Kritik an der Gesetzesänderung (31% resp. 40%) sowie auf den gesellschaftlichen Nutzen des Zivildienstes (16% resp. 21%).

Im Zentrum für die Nein-Stimmenden stand die Grundhaltung zur Wehrpflicht. 24 Prozent (resp. 31%) begründeten ihre Ablehnung damit, dass sie den Zivildienst befürworten. Weitere 11 Prozent (resp. 17%) nannten als Grund die Ablehnung der Militärpflicht. Eine zweite wichtige Motivgruppe bildete die Kritik an der Gesetzesänderung. Im Vordergrund standen dabei sowohl die Einschätzung, dass die Vorlage einen Angriff auf die Gewissensfreiheit darstelle (8% resp. 12%), als auch die Kritik, dass die Hürden für den Zivildienst zu stark erhöht würden oder abschreckend wirkten (9% resp. 12%). Zusätzlich wurde darauf verwiesen, dass Zivildienstleistende in Bereichen wie Pflege oder Schulen fehlen würden (5% resp. 7%). Eine dritte Kategorie betrifft den gesellschaftlichen Nutzen des Zivildienstes: 9 Prozent (resp. 13%) betonten, dass die Tätigkeiten der Zivildienstleistenden unverzichtbar seien. Weitere Nennungen bezogen sich auf die Unterstützung von Pflege und Schule (5% resp. 6%) sowie auf den stärkenden Beitrag des Zivildienstes zum sozialen Zusammenhalt (1% resp. 2%).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Grundhaltung Wehrpflicht	33	276	42	355
befürworte Zivildienst	24	197	31	254
lehne Militärpflicht ab	11	93	17	148
Kritik an Gesetzesänderung	31	272	40	339
Angriff Gewissensfreiheit	8	69	12	103
zu starke Hürden/Abschreckung	9	81	12	107
Zivis fehlen in Pflege/Schulen	5	42	7	55
Gesellschaftlicher Nutzen	16	138	21	173
Leistungen unverzichtbar	9	81	13	104
Unterstützung Pflege/Schule	5	39	6	51
Stärkung sozialer Zusammenhalt	1	12	2	15
Allgemeines	7	70	13	109
Anderes	0	3	1	6
Empfehlungen	1	11	2	16
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	1	10	1	12
weiss nicht/keine Antwort	13	107	13	107

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung zu ausgewählten Pro- und Kontra-Argumenten zum Zivildienstgesetz, differenziert nach Ja- und Nein-Stimmenden. Je stärker Ja- und Nein-Stimmende in ihrer Bewertung auseinanderliegen, desto eher lässt sich ein Argument als prägend für den Stimmentscheid interpretieren.

Insgesamt fanden die Pro-Argumente etwas breitere Zustimmung als die Kontra-Argumente. Während die Pro-Argumente teilweise auch bei den Nein-Stimmenden auf relevante Zustimmung stiessen, überzeugten die Kontra-Argumente die Ja-Stimmenden deutlich seltener.

Über alle Argumente hinweg erzielte das Pro-Argument zur langfristigen Sicherung der personellen Stärke und Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee die höchste Zustimmung. Insgesamt stimmten 70 Prozent der Stimmenden dieser Aussage zu. Unter den Ja-Stimmenden war dieses Argument mit 89 Prozent Zustimmung nahezu unbestritten, doch auch bei den Nein-Stimmenden stimmte mit 52 Prozent eine knappe Mehrheit zu. Rund zwei Drittel (65%) stimmten ebenfalls dem Pro-Argument zu, dass Zivildienstpflichtige gegenüber Militärdienstpflichtigen keine Vorteile bei Einsatzplanung und beruflicher Nutzung

haben dürften. Bei den Ja-Stimmenden betrug die Zustimmung 84 Prozent, während diese bei den Nein-Stimmenden bei 48 Prozent lag. Etwas geringer, aber dennoch mehrheitlich unterstützt (55%), wurde das Pro-Argument, dass eine Mindestdauer von 150 Diensttagen im Zivildienst sicherstelle, dass der Gewissenskonflikt glaubwürdig nachgewiesen würde und späte Wechsel aus der Armee weniger attraktiv seien. 75 Prozent der Ja-Stimmenden unterstützten dieses Argument, während es bei 36 Prozent der Nein-Stimmenden auf Zustimmung traf. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Pro-Argumenten.

Die Kontra-Argumente fanden insgesamt weniger breite Zustimmung: Die höchste Gesamtzustimmung fand das Argument, wonach die Abschreckung vom Zivildienst der Gesellschaft schaden würde, weil wichtige Einsätze in Pflege, Bildung und Umwelt wegfielen. Insgesamt stimmte knapp die Hälfte der Stimmenden (52%) dieser Aussage zu. Bei Nein-Stimmenden war dieses Argument mit 81 Prozent Zustimmung sehr stark verankert, während bei den Ja-Stimmenden nur 27 Prozent einverstanden waren. Ähnlich stark lagerbildend war das Argument, wonach die strengeren Regeln den Zivildienst unnötig schwächen würden, ohne die Armee zu stärken. Insgesamt stimmten 48 Prozent der Stimmenden zu. Bei den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 80 Prozent, bei den Ja-Stimmenden hingegen nur bei 20 Prozent. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den getesteten Argumenten. Die geringste Zustimmung erhielt das Kontra-Argument, wonach es diskriminierend und verfassungswidrig sei, dass Zivildienstleistende bis zu fünf Monate länger Dienst leisten und Soldat:innen trotz Gewissenskonflikt einrücken müssten. Diesem Argument stimmten insgesamt 40 Prozent der Stimmenden zu. Unter den Nein-Stimmenden fand das Argument mit 63 Prozent eine klare Mehrheit, während es bei den Ja-Stimmenden nur von 20 Prozent geteilt wurde.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die personelle Stärke und Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee müssen langfristig gesichert werden.	total	70	21	9
	Ja-Stimmende	89	5	6
	Nein-Stimmende	52	39	9
Zivildienstpflichtige dürfen gegenüber Militärdienstpflichtigen keine Vorteile bei Einsatzplanung und beruflicher Nutzung haben.	total	65	23	12
	Ja-Stimmende	84	9	7
	Nein-Stimmende	48	41	12
Eine Mindestdauer von 150 Diensttagen im Zivildienst stellt sicher, dass der Gewissenskonflikt glaubwürdig nachgewiesen wird und späte Wechsel aus der Armee weniger attraktiv sind.	total	55	28	17
	Ja-Stimmende	75	12	13
	Nein-Stimmende	36	47	17
Kontra-Argumente				
Die Abschreckung vom Zivildienst schadet der Gesellschaft, weil wichtige Einsätze in Pflege, Bildung und Umwelt wegfallen.	total	52	38	10
	Ja-Stimmende	27	64	9
	Nein-Stimmende	81	12	7

Die strengeren Regeln schwächen den Zivildienst unnötig, ohne die Armee zu stärken.	total	48	39	13
	Ja-Stimmende	20	67	13
	Nein-Stimmende	80	11	9
Es ist diskriminierend und verfassungswidrig, dass Zivildienstleistende bis zu 5 Monate länger Dienst leisten müssen und Soldat:innen trotz Gewissenskonflikt einrücken müssen.	total	40	46	14
	Ja-Stimmende	20	68	12
	Nein-Stimmende	63	25	11

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 55 Prozent aller Stimmenden (sowie 75% aller Ja-Stimmenden bzw. 36% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass eine Minstdauer von 150 Diensttagen im Zivildienst sicherstellt, dass der Gewissenskonflikt glaubwürdig nachgewiesen wird und späte Wechsel aus der Armee weniger attraktiv sind. 28 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 17 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'328 Ja-Stimmende 1'279, Nein-Stimmende 1'049.

6 Anhang

6.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 14. Juni 2026, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 15. Juni und dem 5. Juli 2026 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 19: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeberin	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	15. Juni bis 5. Juli 2026
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'305 (Papier: 1'162, Online: 2'143) n DCH: 2'071 n FCH: 845 n ICH: 389 (Papier: n DCH: 673 n FCH: 346 n ICH: 143) (online: n DCH: 1'398 n FCH: 499 n ICH: 246)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

6.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

6.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone,

die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 6.1.4 Gewichtung).

Beim BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'597 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'550 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

6.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 14. Juni 2026 umfasst insgesamt 3'305 Befragte (Ausschöpfung: 44%), wovon rund 63 Prozent aus der Deutschschweiz (n=2'071), 26 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=845) und rund 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=389) stammen.

Tabelle 20: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'597
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	98
total gültige Adressen	7'499
Verweigerung/Abmeldungen	50
total realisierte Interviews	3'433
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'016
Löschungen aus Qualitätsgründen	128
final verwendete Interviews	3'305

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+20 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt -5.8 Prozentpunkte bei der Nachhaltigkeitsinitiative und +2.5 Prozentpunkte beim Zivildienstgesetz.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 128 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

6.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte folgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximaler Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realer Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihrer modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

6.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 21: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung			
Stichprobengrösse		Stichprobenfehler Basisverteilung	
		50% zu 50%	20% zu 80%
N =	3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N =	2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N =	1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N =	600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N =	100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N =	50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.			

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

6.2 Über die Studie

6.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Medienutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](https://www.swissvotes.ch). Die alten VOX-Berichte sind es bereits.

6.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

6.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



TOBIAS KELLER

Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet





INA GUTJAHR

Junior Projektleiterin

✉ ina.gutjahr@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Abstimmungen, Umweltpolitik, Energiepolitik, Digitalisierung, qualitative und quantitative Methoden



SARA RELLSTAB

Data Scientist

Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



ALESSIA RAINONE

Praktikantin Data Science

✉ alessia.rainone@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Corporate Member

gfs.bern 